

Signatur: 2025.SR.0322
Geschäftstyp: Kleine Anfrage
Erstunterzeichnende: Ursula Stöckli (FDP)
Mitunterzeichnende: Simone Richner, Oliver Berger, Chantal Perriard, Béatrice Wertli
Einrechiedatum: 16. Oktober 2025

Kleine Anfrage: Fragen zu den Ausschreitungen vom Samstag, 11. Oktober 2025 in Bern; Antwort

Fragen

Aufgrund der massiven Auswirkungen der gewalttätigen Demonstration vom 11.10.2025 auf den Detailhandel in der Innenstadt, bitten wir den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wer kommt für diese Schäden auf?
2. Bietet die Stadt Hand, um mit flexiblen Möglichkeiten, damit die Umsatzeinbussen wieder gut gemacht werden können?
3. Warum liess man den Umzug in die Innenstadt ziehen, mit dem Wissen wer ihn anführt?
4. Wie geht man in Zukunft gewerbefreundlich mit solchen Situationen um bzw. wie können Gäste und Mitarbeitende geschützt werden?

Begründung

Bereits die Ankündigung der unbewilligten Demo hielt die meisten Kundinnen und Kunden präventiv davon ab, am Samstag in die Innenstadt zu kommen. Dies war bereits am Morgen zu beobachten.

Die Gewerbetreibenden der Innenstadt sind erneut die Leidtragenden dieser sinnlosen Gewalt. Viele Betriebe mussten schliessen, Schaufenster wurden zerstört, und die Verunsicherung unter Kundinnen und Kunden, Mitarbeitenden und Anwohnenden ist gross.

Das Gewerbe, der Detailhandel hatte dadurch massive Einbussen zu verzeichnen. Verluste, die in der Regel nicht durch Versicherungen gedeckt sind.

Unsere Innenstadt ist mehr als nur ein Ort zum Einkaufen oder Flanieren. Sie ist UNESCO-Weltkulturerbe, ein Ort von internationaler Bedeutung und Anziehungskraft für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. Wenn Sicherheit und Vertrauen erschüttert werden, leidet nicht nur das lokale Gewerbe, sondern auch die Gäste, Mitarbeitenden und Anwohnenden, die unsere Stadt täglich beleben. Ein sicheres, geordnetes Umfeld ist entscheidend dafür, dass Bern als lebendige, offene und attraktive Innenstadt wahrgenommen wird.

Was sich in den Gassen und auf den Plätzen unserer Stadt abgespielt hat, war ein direkter Angriff auf unseren Rechtsstaat, auf unsere Demokratie — und auf das Herz von Bern.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat die gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich der unbewilligten Kundgebung vom 11. Oktober 2025 mehrfach verurteilt. Die sorgfältige Aufarbeitung der Ereignisse wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. In diese Aufarbeitung werden auch die Fragen der parlamentarischen Vorstösse im Stadtrat einfließen.

Zu Frage 1:

Dies kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Die Ermittlungen der Polizei sind am Laufen und die Erhebungen über sämtliche Schäden werden vorgenommen. Welche Schäden eine

Versicherung deckt, hängt wiederum von jedem Einzelfall ab. Der Gemeinderat hat in Woche 1 nach den Ausschreitungen sämtliche betroffenen und geschädigten Personen angeschrieben und die Einreichung von Strafanzeigen nahegelegt. Soweit öffentliches Eigentum betroffen ist, hat die Stadt Bern selbst Strafanzeige eingereicht.

Zu Frage 2:

Aktuell bestehen keine gesetzlichen Grundlagen zum Ausgleich von Umsatzeinbussen.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat wollte mit der anfänglichen Duldung der unbewilligten Kundgebung, welche bis zum Bundesplatz grossmehrheitlich friedlich verlief, dem wichtigen Anliegen der freien Meinungsäusserung Rechnung tragen. Die Bundesstadt hat als Ort der politischen Debatte eine besondere Bedeutung für unser Land. Obschon davon abgeraten wurde, an der unbewilligten Kundgebung teilzunehmen, haben sich mehrere tausend friedliche Teilnehmende auf dem Bahnhofplatz gesammelt. Die Auflösung dieser Besammlung hätte einen massiven Mitteleinsatz der Polizei erfordert und die Frage der Verhältnismässigkeit des Eingriffs und der Eskalation durch die Polizei aufgeworfen.

Zu Frage 4:

Der Schutz unbeteiligter Dritter und die Bedürfnisse des Gewerbes fliessen jeweils im Einzelfall in die Interessenabwägung von Stadt und Kantonspolizei Bern mit ein.

Bern, 5. November 2025

Der Gemeinderat